

Hamzinger Zeitung.



No 15663.

Die „Hamzinger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Pettizeile oder deren Raum 20 g. — Die „Hamzinger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Politische Uebersicht.

Wanzig, 25. Januar.

Der Antrag Nehenbach zur Polenfrage.

Wie die konservativ-nationalliberale Resolution im Abgeordnetenhaus nach dem Namen des ersten Unterzeichners genannt wird, hat wie uns geschrieben wird, eine ziemlich verwickelte Vorgeschichte und ist nur unter großen Schwierigkeiten zu Stande gekommen.

Die Resolution in ihrer jetzigen Form sieht im übrigen ziemlich harmlos aus, verzichtet sie doch sogar darauf, ausdrücklich die Frage nach der Nothwendigkeit der Massenausweisung zu bejahen.

Wie hat man die Freisinnigen angegriffen, als sie ihre Resolution gegen das Monopol vor dem Vorliegen des Projects einbrachten, obgleich es sich hier um eine ganz andere Sache, um eine große Principienfrage, nicht um die Details einer engeren Materie handelte!

Die Freisinnigen haben, seiner „Gemeinübung“ besser dadurch Ausdruck zu geben, daß man für die Vorlage stimmt, wenn man die vorgeschlagenen Maßregeln wirklich für zweckmäßig erachtet.

Öffentlich schlägt die Regierung nur solche Maßregeln vor, über deren Zweckmäßigkeit keine Zweifel bestehen, z. B. Vermehrung der Schulklassen, bessere Befoldung der Lehrer etc.

In Abgeordnetenkreisen spricht man, wie uns unser Berliner A-Correspondent schreibt, von einer lebhaften Bewegung der äußersten protestantischen hochkirchlichen Partei, welche dahin gerichtet wäre, die bestehende Synodal-Verfassung als zu freisinnig zu bezeichnen und eine geschlossene Einrichtung protestantischer Bischöfe an die Stelle zu setzen, die gleichzeitig auch denselben Rang erhalten würden, den die katholischen Bischöfe bereits einnehmen.

Die Urtheile über das abgelaufene Jahr.

lauten sowohl in den jetzt erscheinenden Berichten einzelner Handelskammern, wie der Hamburger und Kieler, als auch in den Geschäftsberichten der Vorstände von Actiengesellschaften fast durchweg ungünstig.

Die rückgängige Preisbewegung hat bei den meisten Waaren weitere Fortschritte gemacht und die ohnehin schon geringe Unternehmungslust noch mehr eingeschränkt.

Gier ist also ohne jede Abicht einer Tendenzmacherei in wenigen Worten die Summe der für den Handel und das gesammte wirtschaftliche Leben maßgebenden Factoren von einer Seite gezogen worden, welche inmitten des letzteren steht und alle dasselbe beeinflussenden Elemente wohl zu beurtheilen vermag.

Die geschlagenen Bimetallisten.

Darüber, daß die im preussischen Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung des Finanzministers von Scholz gegen die internationale Doppelwährung für die Stellung der Reichsregierung entscheidend ist, kann nicht der Schatten eines Zweifels aufkommen.

Diese entschiedene und unzweideutige Stellungnahme der Reichsregierung, in deren Namen Herr v. Scholz gesprochen, trägt zugleich ihren Lohn gewissermaßen in sich selbst.

Die böhmische Presse und die deutschen Ausweisungsdritten.

Die officiöse deutsche Presse reproducirte in den letzten Tagen mit besonderer Vorliebe einige Stimmen aus der deutsch-österreichischen Presse, welche sich in vehemente Weise gegen die Sprecher contra die Ausweisungsmäßregeln im deutschen Reichstag wandten.

Eine Flottendemonstration.

gegen Griechenland ist nunmehr nicht nur von England, sondern von allen Großmächten angebroht, falls die Hellenen nicht Ruhe halten, und, wie gemeldet, wird sich auch Deutschland mit dem Panzer-schiff „Friedrich Carl“ daran betheiligen.

macht, sein Rücktritt in diesem Augenblicke würde in ganz Europa als eine Schwächung des europäischen Concertes und der für Aufrechterhaltung der Ruhe in Europa wirkenden Kräfte empfunden werden.

Die „Daily News“ dagegen sprechen sich äußerst mißbilligend über die griechische Politik Lord Salisbury's aus, welche den Gefühlen und Ansichten des englischen Volks nicht entspreche.

Officiös wird in Berlin dabei wiederholt betont, daß es sich bei dieser Flottendemonstration „um keine militärischen Zwangsmaßregeln handelt“, sondern darum, „Griechenland durch eine geeignete navale Diverfion an einem etwaigen Ver- such eine maritimen Operation zu verhindern.“

In der französischen Deputirtenkammer sollte gestern über den Antrag verhandelt werden, wonach bei den durch den Staat abgeschlossenen Geschäften auswärtige Arbeiter nicht verwendet werden sollen.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 25. Januar.

Zweite Verabreichung des Staatshaushalts für 1886/87. Beim Etat der Seehandlung wünscht Abg. Kieselke (freil.) nähere Angaben über den auf 4.200.818 M. angegebenen Grund-, Gewerbe- und Mobilienbesitz der Seehandlung.

Abg. Goldschmidt (frei.) schließt sich diesen Ausführungen an und bittet, alljährlich dem Hause eine genaue Aufstellung der gewerblichen Betriebe der Seehandlung zu geben.

Abg. Rath Böttcher: Die Verschiedenheit der Abschriften in Bromberg und Landeshut beruht auf Sachverständigenurtheilen, jede Willkür ist ausgeschlossen.

Abg. Böhk (cons.), warum bei den Einnahmen von der Ausprägung von Münzen und Medaillen nicht die 3 jährige Fraction zu Grunde gelegt sei.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Der Kaiser hörte heute Vormittag die gewöhnlichen Vorträge und empfing dann den Besuch des Herzogs von Coburg.

Berlin, 25. Januar. In der Budgetcom-mission konnte heute der Antrag Harm wegen Unterstützung der Familien der Landwehr-männer und Reserveisten nicht zur Verathung kommen, da der eingeladenen Vertreter der socialdemokratischen Partei nicht anwesend war.

Interesse ihrer stetigen Solvent-Haltung überhaupt nur Wechsel auf kurze Sicht und von Vereinen, die ihr Kapital auf lange Termine festlegten, nur mit größter Vorzicht nehmen dürfte.

* Berlin, 25. Januar. Vorgefieri hielt in Berlin der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller seine diesjährige Generalversammlung ab.

* [Gesetzentwurf] Dem Reichstage ist der Gelehtentwurf betreffend die Zinsgarantie für die ägyptische Anleihe zugegangen.

* [Gegen das Monopol.] Das Hauptorgan der konservativen des Königsreichs Sachsen, die „Dresdener Nachrichten“, fordert, „alle sächsischen Abgeordneten ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses“ auf, gegen das Monopol zu stimmen.

Auch hat das Beispiel des Stettiner Zweigvereins der pommerischen ökonomischen Gesellschaft, welche das Monopol ausdrücklich als für die gesammte Landwirtschaft schädigend bezeichnet hat, neuerdings an verschiedenen Stellen in landwirthschaftlichen Kreisen Nachahmung gefunden.

* [Jubiläum.] Ein Mitglied des Saats-ministeriums wird in diesem Jahre sein Jubiläum feiern. Am 14. April werden es nämlich 50 Jahre sein, daß der Justizminister Dr. Friedberg in den Justizdienst eintrat.

* [Der Herzog von Coburg] stattete heute Vormittag den zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie Besuche ab, fuhr darauf auch beim Reichskanzler Fürsten Bismarck, dem General-Adjutant Grafen Molke, dem Hausminister Grafen Otto von Stolberg-Wernigerode und mehreren Mitgliedern des diplomatischen Corps vor und empfing am Nachmittag im kronprinzlichen Palais mehrere Gegenbesuche.

* [Zu den Ausweisungen.] Von den aus Preußen Ausgewiesenen waren in Krakau bis zum 22. d. Mts. 390 Familien mit zusammen 1028 Personen (390 Männern, 234 Frauen, 404 Kindern) angekommen, welche, bis auf 11, bereits sämmtlich untergebracht sind.

* [Actenstück zur Polenfrage.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ publicirt ein ausgearbeitetes langes diplomatisches Actenstück zur Polenfrage, das sich als der Bericht eines preussischen Diplomaten über eine von ihm im Jahre 1863 mit dem Kaiser Napoleon zu Paris geflorenen Unterhaltung charakterisirt.

* Am 21. d. Mts. verstarb in Genf Prinz Nikolaus Friedrich August von Oldenburg, geb. am 9. Mai 1840, Sohn des Bringen Peter von Oldenburg, vermahlt mit Marie, Gräfin von Oldenburg.

* Hirzberg, 24. Jan. Bekanntlich ist in dem Brantweinmonopolentwurf der Obstwein- und Fruchtsaftfabrikation mit keinem Wort gedacht. Nichtsdestoweniger würden aber die Interessenten dieser Branche, wenn auch indirect, vom Monopol hart getroffen werden; um den Schlag von sich abzuwenden, haben sie den Ministern

